



**ORIGINAL SOZIAL**

**für Dinslaken**

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Dinslaken

## Inhaltsverzeichnis

Selbstverständnis linker Kommunalpolitik.....	3
Arbeitsmarktpolitik.....	3
Sozialpolitik.....	4
Für den Ausbau kommunaler Demokratie.....	5
Daseinsvorsorge.....	7
Stadtentwicklung.....	7
Kinder und Jugendliche brauchen Zukunft.....	8
Bildung: Ein universelles Menschenrecht.....	10
Frauenpolitik.....	12
Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander.....	13
Behindertenpolitik.....	14
Umweltpolitik.....	15
Kultur für alle.....	16
Sport.....	17
Finanzen.....	18

## **Selbstverständnis linker Kommunalpolitik**

Das Leben in der Kommune ist für den größten Teil der Menschen der wichtigste Bezugspunkt des persönlichen und sozialen Lebens. Er ist ähnlich wichtig und eng verbunden, wie das Leben in und mit der Familie oder Partnerschaften. Die wichtigsten Wünsche an ein gutes Leben konzentrieren sich auf die Kommune: Bezahlbarer und komfortabler Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze; wenig Verkehrsbelästigung und Lärm; eine intakte Umwelt und gut erreichbare Naherholungsgebiete; ein dichtes Nahverkehrssystem mit niedrigen Fahrpreisen und einfachen Netzтарifen, gute Schulen und Kindereinrichtungen; ein dichtes Versorgungsnetz im Gesundheitswesen; vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, kurze Wege, vielfältige und bezahlbare Kultur- und Sportangebote für alle Altersgruppen; bürgernahe Behörden und gebührenfreie Verwaltung; kostenlose und sichere Abfallentsorgung; umweltfreundliche und sichere Energieversorgung.

DIE LINKE kämpft für das gute Leben und deshalb liegt ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in der Kommune. DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die etwas verändern wollen.

Die Wirklichkeit in den Kommunen ist jedoch weit davon entfernt, sich an diesen Wünschen und Bedürfnissen der Menschen zu orientieren. Die bisherige Kommunalpolitik wird als das wahrgenommen, was sie ist: hilflos den wirklich mächtigen Strukturen – den privaten Unternehmerinteressen, der Verwaltungsbürokratie und den Landes- und Bundespolitikern, ausgeliefert, kompetenzlos und finanziell abgewürgt.

DIE LINKE hat sich gegründet und nimmt an den Wahlen teil, um auch denen eine Stimme zu geben, die benachteiligt werden. Sie will die demokratische Beteiligung und Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner.

Gerade in der Kommune wird nur etwas zu bekommen, zu gestalten und zu verteidigen sein, wenn es genügend Druck gibt, wenn sich Menschen für die Durchsetzung ihrer Belange mobilisieren.

Diese Politik der Selbstbestimmung und des Widerstandes ist bunt, radikal und auch widersprüchlich. Sie entspricht in keiner Weise den glatten Konzepten und technokratischen Modellen all der anderen Parteien. Aber sie hat all den anderen etwas voraus: sie ist Leben. Links schlägt nicht nur das Herz, links ist die Zukunft.

## **Arbeitsmarktpolitik**

Kommunen sind in mehrfacher Hinsicht wichtige Wirtschaftsakteure. Trotz der drastischen Umverteilung finanzieller Mittel von unten nach oben tragen die Städte nach wie vor den Großteil der öffentlichen Investitionen. Sie investieren fast vier Mal so viel wie der Bund fast drei Mal so viel wie die Bundesländer.

Gleichzeitig sind die Stadt Dinslaken und ihre kommunalen Betriebe große Arbeitgeber die eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielen.

DIE LINKE will diese Funktionen erhalten und ausbauen. Die drastischen Einschränkungen für die Kommunalwirtschaft, die die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Landtag unter der Losung „Privat geht vor Staat“ mit der Verschärfung des Wirtschaftsverbotes in § 107 Gemeindeordnung beschlossen hat, lehnen wir ab.

Wir sind für eine Verbesserung der Qualität und der demokratischen Kontrolle der Kommunalen Wirtschaft. Die Kommunen müssen sowohl gegenüber „ihren“ Beschäftigten als auch bei der Auftragsvergabe und im Bereich der Wirtschaftsförderung vorbildlich operieren. Dazu gehört, dass sie menschenwürdige, existenzsichernde „gute“ Arbeit fördern statt Mini-Jobs, Niedriglöhne und Leiharbeit.

### **DIE LINKE fordert**

- Erhalt und Ausbau von regulären Arbeitsplätzen in der städtischen Verwaltung und in den städtischen Beteiligungsbetrieben.
- Umwandlung von 1-Euro Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- Beibehaltung und Ausbau der Alterszeitmodelle

- Abbau von Überstunden in allen Bereichen
- Keine Dumpinglöhne und Leiharbeit für Beschäftigte im
- Ausbau von Teilzeitarbeit in allen Besoldungsgruppen
- In der zum Kreis Wesel gehörenden ARGE muss die Stadt Dinslaken ihren Einfluss für die Entwicklung am örtlichen Bedarf orientierter Schulungs- und Ausbildungsprogramme insbesondere für Langzeitarbeitslose geltend machen. Die Stadt Dinslaken braucht mehr statt weniger Einfluss auf die örtliche Arbeitsmarktpolitik.
- Schaffung eines Ombudsmannes bei der ARGE. Er muss seine Beratungs- und Vermittlungstätigkeit unabhängig und frei von Weisungen wahrnehmen können.
- Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Betriebe die tariflich bezahlen, ausbilden und soziale und ökologische Kriterien einhalten
- Die Sparkasse muss stärker im Sinne von Beschäftigungsförderung tätig werden. Sie ist oft der einzige Kreditgeber für kleine und mittlere Unternehmen. Sie muss die günstigen Kreditzinsen, mit der sie sich selbst Geld leiht, an die Kunden weitergeben.

## Soziales

Auch in Dinslaken gibt es immer mehr Bürger die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Davon sind auch sehr viele Kinder betroffen.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist es, den Menschen den Weg in sinnvolle, menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie leben können. Die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. Zudem erfahren die Betroffenen bei den zuständigen ARGE'n oft eine diskriminierende Behandlung und werden mit einer Flut von Formularen überhäuft, die sie kaum bewältigen können.

Wie Mitglieder von DIE LINKE, die bei solchen Ämtern beschäftigt sind, bestätigen, haben die Mitarbeiter der ARGE die Anweisung den Leistungsempfang zu erschweren.

Unserer Meinung nach kommt die Stadt in unzureichend ihrer Verantwortung nach, die Betroffenen zu beraten und zu unterstützen.

DIE LINKE. will eine solidarische, demokratische und selbst bestimmte Gesellschaft, die beständig an der Herstellung von Bedingungen arbeitet, unter denen sich freie, selbstbewusste und befähigte Individuen heranbilden können.

Wir wollen, dass jeder Mensch ein Recht auf einen Erwerbsarbeits- und Ausbildungsplatz hat; in der alle Kinder das Recht haben, durch einen kostenlosen Zugang zu allen Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuwachsen; in der alle Menschen das Recht haben, in Würde alt zu werden.

Die Beseitigung von Massenerwerbslosigkeit und materieller Not zählt zu den entscheidenden gesellschaftlichen und politischen Zielen der LINKEN. Wir wollen die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, die Beendigung aller Formen von Lohndumping. Es muss sichergestellt werden, dass Erwerbslose ausschließlich an Unternehmen vermittelt werden, die tarifliche und gesetzliche Bestimmungen einhalten. Die Rente mit 67 muss wieder zurückgenommen und Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut müssen getroffen werden. Wir wollen eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine gleichberechtigte Verteilung der Arbeit auf beide Ge-schlechter, um die Geschlechterdiskriminierung abzubauen. DIE LINKE will eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Std. bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine Ausbildungsoffensive für Jugendliche und ein kostenloses, umfassendes und effizientes Gesundheitssystem. DIE LINKE ist jedoch im Gegensatz zu den neoliberalen Parteien die einzige, die gleichzeitig sagt, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen zurückgedrängt wird. Davon wird abhängen, ob die in diesem Programm geforderten Alternativen durchgesetzt werden können.

Menschen in Armut leben häufig in Wohnungen mit schlechter Qualität oder sogar in Gesundheit gefährdender Umgebung. Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

Eine menschenwürdige Wohnungssituation ist auch für die seelische Entwicklung und Förderung eines jeden Menschen unabdingbar. Die voranschreitende Privatisierung der gemeindeverwalteten Wohneinheiten muss daher gestoppt werden. Sie ist dafür verantwortlich, dass Menschen nachhaltig durch überzogene Mieten und steigende Nebenkosten mehr und mehr in Armut abdriften. Daher ist DIE LINKE. strikt gegen den Verkauf von öffentlichem Wohnraum. Sie ist Enteignung des Gemeinwesens und muss verhindert werden.

### **Das fordert DIE LINKE.Dinslaken:**

- Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für Alle;
- Grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung.
- Erhalt und Ausbau unabhängiger Beratungsstellen für Erwerbslose.
- Nein zu den Hartz-Gesetzen;
- Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte.
- Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung.
- Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
- Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche.
- Demokratische Mitwirkung - die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen wie z.B. der Haushaltsplanung beteiligt sein.
- Übernahme von Mietrückständen, um Obdachlosigkeit und Zwangsumzüge zu verhindern.
- Förderung und Erhalt intakter, sozio-kultureller Nachbarschaften.
- Festlegung von sozialen Mietobergrenzen.
- Schaffung und Förderung sinnvoller Verbindungen von Wohnen und Arbeiten.
- Mehr Wohnungen für Obdachlose mit regulären Mietverträgen.
- Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen beim kommunalen Wohnungsbau und der Wohnumfeldgestaltung.
- Förderung alternativer Wohnprojekte
- Einführung von Sozialtarifen für Strom und Gas

## **Für den Ausbau kommunaler Demokratie**

DIE LINKE. Dinslaken will mehr Entscheidungsbefugnisse und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Ohne direkte Demokratie und Transparenz vor Ort ist das nicht denkbar. Deshalb sind die Fraktionssitzungen der LINKEN grundsätzlich teilnahmeoffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Dinslaken der Bürgerhaushalt eingeführt wird. In einigen Kommunen ist damit schon begonnen worden. Die Einführung und Entwicklung eines Bürgerhaushaltes erstreckt sich über mehrere Jahre.

Sobald wie möglich muss der gesamte Haushalt von Dinslaken in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden, denn so wird eine direkte Mitwirkung der Menschen an der kommunalen Schwerpunktsetzung möglich. Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die reine Abschiebung von Verantwortung. Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden. Kommunale Aufgaben dürfen nicht privatisiert werden, denn in der Regel kommt dabei nur Personalabbau heraus und der Service wird nicht verbessert. Die Fortentwicklung der kommunalen Leistungen muss sich an Verbesserungen für die Einwohnerinnen und Einwohner orientieren und unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Personalvertretung und der Gewerkschaft stattfinden.

## **DIE LINKE.Dinslaken tritt ein für:**

- die deutliche Senkung der Quoten bei Bürgerbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen. (wie z. B. bei dem gescheiterten Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Hans-Böckler-Platzes). Die Verwaltung muss demokratische Bürgeranträge und Bürgerbegehren unterstützen und nicht behindern;
- die Möglichkeit von Bürgeranträgen und Bürgerbegehren bei allen politischen Aufgaben der Stadt, auch bei haushaltsrelevanten Fragen;
- Bürgerversammlungen zu wichtigen Problemen;
- den Ausbau des öffentlichen Sitzungsteils des Rates und der Ausschüsse, auch bei Beschlüssen und die Offenlegung mandatsbezogener Nebeneinkünfte der Kommunalpolitiker, z. B. in Aufsichtsratsgremien oder von Managergehältern der städtischen Beteiligungsunternehmen und deren Begrenzung;
- die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen städtischen Handlungsfeldern und bei städtischen Beteiligungsunternehmen. Dies umfasst z, B. Mieterbeiräte, Beiräte von Schwimmbädern, Bibliotheks-Beirat, usw.;
- Die konsequente Beachtung der Geschlechtergerechtigkeit;
- Unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden. So können Informationsmängel aufgelöst und der Abstand zwischen Einwohnern und städtischen Gremien verringert werden;
- Die Transparenz von Verwaltungsvorgängen und der Einrichtung einer Anlaufstelle bei Fragen und Problemen.

## **Daseinsvorsorge**

Sorge und Vorsorge für das Dasein der Menschen stehen für ein gutes Funktionieren eines Gemeinwesens. Daseinsvorsorge umschreibt die kommunale Aufgabe zur Bereitstellung von notwendigen Gütern und Dienstleistungen, die Grundversorgung.

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens. Mit der Ideologie „Privat vor Staat“ gefährden die etablierten Parteien die wirtschaftliche Festigung kommunaler Unternehmen und die Zusammenarbeit dieser Unternehmen in einer Region. Die Kommune muss an ihre Verantwortung erinnert werden. Diese erwächst auch aus gemäß Art.1 Abs.1 GG.

Die Linke Dinslaken fordert, dass alle Bereiche in der Verantwortung der Kommune bleiben, keine Ausgliederungen oder Privatisierungen stattfinden. In allen Bereichen müssen tarifliche Löhne und Gehälter bezahlt werden. Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige tarifliche Beschäftigungsverhältnisse, statt 1-Euro-Jobs. Neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z.B. Sozialtickets für Bus und Bahnen, Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas.

## **Das fordert DIE LINKE. Dinslaken:**

- Keine Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und Verwaltungsaufgabe
- Keine Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands
- Keine Privatisierung der Sparkasse
- Keine dubiose Finanzgeschäfte mit städtischen Geldern
- Keine öff. Bauvorhaben in Form PPP-Projekten, wie z.B. die neue Feuerwache (wir fordern den Bau in städtischer Regie)
- Vergabe von öffentlichen Grund und Boden nur in Erbpacht

- Die Rückführung des Din-Services von einer Anstalt öffentlichen Rechts in 100%ige Verantwortung der Stadt Dinslaken

## Stadtentwicklung

Der Stadtentwicklungspolitik kommt für die Gestaltung sozialer und ökologischer Politik eine Schlüsselstellung zu. Für DIE LINKE.Dinslaken ist Stadtentwicklung deshalb eine Aufgabe, die viele Politikfelder betrifft. Es kann aus unserer Sicht nicht angehen, nur einseitige wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Stadtentwicklung darf sich nicht nur auf Standortmarketing und die Ausweisung von Gewerbeflächen beschränken.

DIE LINKE.Dinslaken tritt deshalb für eine Erneuerung der Stadtentwicklungspolitik ein. Diese ist heute durch mangelnde Transparenz von Entscheidungen, fehlende Bürgerbeteiligung und die Berücksichtigung einseitiger Unternehmensinteressen gekennzeichnet. Wir treten dafür ein, dass sich das ändert!

Wir halten es für fatal, wenn nach der Kommunalwahl das Politikfeld der Stadtentwicklung hauptsächlich vom Bürgermeister bestimmt und eventuell in nichtöffentlichen Ausschusssitzungen oder gar Klüngelrunden diskutiert wird.

Die Linke fordert einen offenen Dialog zwischen Verwaltung, Politik, Vereinen und Bürgern zur Zukunftsgestaltung unserer Stadt. Ziel muss es sein, ein Leitbild für ein soziales und modernes Dinslaken zu erarbeiten. Wir müssen jetzt Visionen entwickeln, die etwas dazu aussagen, wie wir in 20 Jahren in Dinslaken leben und arbeiten wollen. Hierzu sind möglichst viele Formen der direkten Bürgerbeteiligung in allen Stadtteilen zu installieren (z.B. Zukunftswerkstätten, „Runde Tische“, etc.)

Für unsere Stadt muss ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, welches ziel- und zukunftsorientiert gestaltet werden muss die Lebensqualität in Dinslaken zu steigern.

Dazu gehört:

- Keine Bebauung des Hans-Böckler-Platzes durch weitere Kaufhäuser, sondern vielmehr eine Neugestaltung des Neutor-Platzes zu einer fußläufigen Erholungszone und die Umgestaltung der Bahnstraße in eine Fußgängerzone
- Die bedürfnisorientierte Bebauung und Umgestaltung des Neutors mit repräsentativem und aufwertenden Fußgängerbereich
- Die Schaffung angemessener Parkmöglichkeiten nahe der Einkaufszonen

### **DIE LINKE.Dinslaken fordert:**

- Die weitgehende Einbindung der Bürger in politische Entscheidungen
- Alternative Konzepte in der Stadtentwicklung
- Eine Verbesserung der Lebensqualität (z.B. Zuschneidung der Konzepte der Verkehrsplanung, des Wohnbaus, der Naherholung, öffentlicher Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Dinslakener Bürger)
- Einen Einbezug der Stadtteile im Rahmen eines Gesamtkonzeptes
- Eine Innenstadtentwicklung, die die Interessen der Einzelhändler und Einwohner berücksichtigt und nicht die Interessen von Finanz- und Bauspekulanten
- Eine nachhaltige Stadtentwicklung, die die Interessen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen vertritt

# **Kinder und Jugendliche brauchen Zukunft**

## **Kinder haben Rechte.**

Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie haben Rechte auf umfassende Bildung, Entwicklung ihrer Persönlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig davon, ob ihre Eltern arm oder reich, gebildet oder unerfahren, schon immer hier leben oder aus anderen Ländern zugewandert sind.

Kinder und Jugendliche erfahren tagtäglich die wachsende Ungleichheit in diesem Land. Sind die Eltern reich, können sie für die bestmögliche Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder sorgen und bei der Jobsuche auch noch mit ihren guten Beziehungen helfen. Kinder aus armen Verhältnissen sind von Geburt an benachteiligt, obwohl sie mit den gleichen Möglichkeiten zur Welt kommen.

## **Worauf es ankommt**

Die Kinder- und Jugendpolitik hat für uns drei Hauptziele zu verfolgen:

Erstens muss die Kinderarmut konsequent bekämpft werden. Durch die zunehmende soziale Kälte in der BRD und wachsende Niedriglohnsektoren, sind Eltern auf zielgerichtete Unterstützungen angewiesen. Offene Ganztagschulen und Kita-Einrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten sind daher dringend notwendig.

Zweitens muss die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die gesunde Entwicklung jedes einzelnen jungen Menschen zu einer selbstständig und sozial handelnden Persönlichkeit gestärkt werden. Kommunale Kinder- und Jugendpolitik muss familiäre Defizite ausgleichen und Benachteiligungen aktiv abbauen.

Drittens sind Kinder und Jugendliche an allen Angelegenheiten, die sie betreffen, aktiv zu beteiligen. Kritisches Engagement, Widerstand gegen die Zumutungen der Erwachsenenwelt darf nicht länger als lästige Einmischung gesehen werden, sondern muss als Beitrag zu mehr Demokratie willkommen sein und gefördert werden. Nur so kann sich langfristig etwas ändern.

## **Was muss getan werden?**

Ein Sozial-Ticket soll ein starkes Angebot für Kinder und Jugendliche enthalten, u. a. die kostenlose Möglichkeit in einem Sportverein mitzumachen, Schwimmbäder zu benutzen, an einer Ferienfreizeit teilzunehmen, VHS-Kurse zu besuchen oder ins Kino, in den Zoo oder ins Theater zu gehen.

Für Kinder muss es an jeder Schule einen kostenlosen Mittagstisch geben. Bedürftige erhalten die Schulbücher im Rahmen der Lehr- und Lernmittelfreiheit kostenlos.

Oftmals sind es die kleinen, feinen Unterschiede, die Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen deutlich machen, dass sie nicht dazu gehören: Kleidung, die Möglichkeit sich im Zoo oder der Konzertpause ein Getränk zu kaufen, Informationsdefizite. Kinder und Jugendliche sind für diese subtilen Formen der Ausgrenzung besonders empfindlich. Im Rahmen der kommunalen Kulturpolitik müssen die unsichtbaren Zugangsbarrieren durch ein Klima der Offenheit und der Akzeptanz systematisch überwunden werden.

Wir wollen ein Netzwerk von Einrichtungen, welche den unsichtbar unter uns lebenden Armutskindern elementare Hilfe leistet und ihre Rechte auf Bildung, Gesundheit und Entwicklung wahr.

## **Kinder brauchen Kitas**

Kinder, die von Klein auf in die Kita gehen, haben oft mehr vom Leben. Sie finden es bereichernd mit Gleichaltrigen zusammen zu sein, weil die genauso sind wie sie. In der Krippe finden sie Möglichkeiten, ihre kindliche Neugierde auszuleben und spielend neue Welten zu entdecken.

Wir wollen, dass die Platzzahl für Kinder unter drei Jahren zügig ausgebaut wird und auch für ein oder zwei Jahre alte Kinder genügend Plätze da sind. Derzeit sind nicht einmal für 10% der Kinder Plätze vorhanden. Der tatsächliche Bedarf wird auf rund 35% geschätzt.

Wir wollen, dass alle Kinder, die einen Platz brauchen, auch einen bekommen, ohne dass ihre Eltern lange suchen oder warten müssen. Die Eltern müssen die Möglichkeit haben, entsprechend ihren persönlichen Vorstellungen zwischen verschiedenen Angeboten unterschiedlicher Träger zu wählen.

Wir wollen, dass alle Eltern gefragt werden und über die Möglichkeiten der Förderung informiert werden.

Wir wollen für kleine Kinder kleine Gruppen und verlässliche und gut ausgebildete Erzieher, damit die Kinder sich sicher und geborgen fühlen können. Das Kinderbildungsgesetz in NRW sichert nicht die pädagogischen Standards, wie sie von der EU empfohlen werden.

Krippenbetreuung hat für uns Vorrang vor Tagespflege, weil sie den Kindern die besseren Möglichkeiten für soziales Lernen eröffnet. Eltern dürfen nicht auf Tagespflege verwiesen werden, wenn sie für ihr Kind einen Betreuungsplatz in einer Krippe suchen.

Derzeit sind in der Stadt Dinslaken im Kindergartenjahr 2008/09 von 525 benötigten Kita-Plätzen nur 147 real umgesetzt.. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten!

### **Schule als Lebensort**

Schulen werden für Kinder immer mehr zum Mittelpunkt ihrer Lebens- und Freizeitgestaltung; das gilt nicht nur für die offenen Ganztagschulen. Die Schulen sind dafür nur unzureichend eingerichtet. Im Betreuungsangebot im Nachmittagsbereich werden unzureichend qualifizierte und schlecht bezahlte Teilzeitkräfte eingesetzt. Es fehlt an Konzepten und einer Verbindung des Betreuungsangebotes mit dem pädagogischen Bereich. Viele Schüler, insbesondere aus sozial benachteiligten Verhältnissen, werden dadurch nicht genügend gefördert. Qualifizierte Ganztagschulen sehen anders aus.

Wir wollen den Ausbau von Ganztagschulen mit qualifizierten, pädagogisch sinnvollen Nachmittagsangebot. Nach der Auflösung der Horte müssen vergleichbare Einrichtungen in das Betreuungsangebot der Schulen integriert werden. Verlässliche und gut ausgebildete Betreuungspersonen sollen Kindern eine ruhige Lernatmosphäre, Erholung und Entspannung ermöglichen und lernschwache Kinder zusätzlich fördern.

Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendfreizeitpädagogik muss an allen Schulen ausgebaut werden. Lehrer und Freizeitpädagogen müssen Hand in Hand zusammen arbeiten.

Schulgelände sind als Räume für Spiel und Sport mit Betreuungsangeboten auszubauen, die allen Kindern in der Umgebung zur Verfügung stehen.

Der derzeitige Zuschussbedarf für die offenen Ganztagschulen in der Stadt Dinslaken muss von 71.000 € auf 93.000 € aufgestockt werden.

### **Förderung der offenen Jugendarbeit**

Wir wollen eine Stärkung einer offenen, multikulturellen und demokratischen Jugendarbeit in Dinslaken. Die vorhandenen Angebote sind zu wenig, teilweise unattraktiv und passen nicht zu den veränderten Bedürfnissen der Jugendgesellschaft.

Im Mittelpunkt unserer Forderungen steht ein autonomes Jugendzentrum in zentraler Lage, für allen Jugendlichen gut erreichbar, das Möglichkeiten zu einem politischen und kulturellen Austausch über alle Gruppenzugehörigkeiten hinweg gibt, und als Ausgangs- und Bezugspunkt für Jugendinitiativen in der ganzen Stadt werden kann.

Zugleich brauchen wir mehr Jugendtreffs in den Stadtteilen, Räume für freie Jugendkultur, kostenlose Proberäume für Bands und Theatergruppen.

Stadtranderholungen und Ferienfreizeiten müssen für bedürftige Kinder kostenlos angeboten werden.

Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen müssen stärker einbezogen werden. Jugendverbände und Jugendring müssen sich stärker öffnen. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen dort angemessen repräsentiert sein.

Die Weiterentwicklung der Jugendarbeit darf nicht allein altgedienten Verbandsfunktionären überlassen werden. Kinder und Jugendliche sind direkt mit einzubeziehen, z.B. durch eine paritätische Besetzung der Gremien des Jugendrings.

### **Das will DIE LINKE. Dinslaken:**

- Einen bedarfsgerechten Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren mit entsprechender pädagogischer Betreuung
- Zuverlässige Betreuungsangebote auch in den Ferienzeiten
- Entwicklung flexibler Betreuungsmöglichkeiten, die auch längere bzw. unregelmäßige Arbeitszeiten von Eltern berücksichtigt

- Ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr, um alle Kinder zu erreichen
- Soziale Beitragsgestaltung. Aus unserer Sicht sollen Beiträge so gestaltet sein, dass beim Besuch mehrerer Kinder – unabhängig davon, ob in Kindertageseinrichtungen oder OGATA – nur für ein Kind der Beitrag gezahlt werden muss
- Kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der OGATA um Diskriminierung zu vermeiden.
- Die Aufstockung des OGATA-Zuschussbedarfes um 22.000 €

## **Bildung : Ein universelles Menschenrecht**

Die Linke will, dass jedem Menschen in unserer Gesellschaft der Zugang zu Schule, Wissenschaft, Kultur und Information ermöglicht wird. Bildung muss zum Ziel haben Menschen in die Lage zu versetzen, selbstbewusst und mitbestimmend ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Das Recht auf Bildung muss ein Grundrecht sein und gehört deshalb ins Grundgesetz. Gleichzeitig muss Bildung unentgeltlich und damit unabhängig vom Einkommen der Eltern jedem Kind in unserer Gesellschaft zugänglich sein. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.

Die Linke Dinslaken fordert die Umsetzung dieses Grundrechts für alle unabhängig von ihrer sozialen Lage, Herkunft, Religion, Geschlechtszugehörigkeit und körperlicher / geistiger Verfassung. Es geht um eine demokratische, soziale und emanzipierte Bildung für alle – von Anfang an und ein Leben lang.

### **Lernen in der heutigen Wirklichkeit**

Das aktuelle System der Bildung und Ausbildung ist von der Zielsetzung, den Menschen gerecht zu werden, weit entfernt.

Das Lernen in Kindergärten und Kindertagesstätten ist konzeptionell nicht mit den Anforderungen der Grundschulen verbunden. Ein fließender Übergang ist somit nicht gewährleistet.

Insgesamt ist unser viergliedriges Schulsystem auf Auslese ausgerichtet. Diese Auslese wird ermöglicht durch Noten, Kopfnoten ( welche von der Landesregierung nun doch ein Stück justiert wurden ) und eine Uniformität, welche durch zentrale Abschlussprüfungen künstlich hervorgerufen wird. Die Konkurrenz zwischen den Kindern steht im Vordergrund

In keinem anderen Industrieland ist der Bildungserfolg und der Aufstieg in so großem Maße vom sozialen Hintergrund des Kindes abhängig wie in Deutschland.

Die frühe Aufteilung der Kinder im Alter von ca. 10 Jahren auf verschiedene Schulformen ist pädagogisch nicht zu rechtfertigen und deshalb auch nicht zu vertreten. Vielmehr resultiert aus dieser frühen Selektion eine unvermeidbare Ungleichheit der Chancen auf eine erfolgreiche Bildung. Nur Deutschland und Österreich leisten sich noch die Hauptschule in der EU. Diese dient als Auffangbecken für die soziale Unterschicht, der man den Aufstieg im System verweigert.

Die Einrichtung von Ganztagschulen verläuft schleppend und wird auch nur als Sparmodell “offene Ganztagschulen ohne Stellenzuschlag” verwirklicht. In der Regel fehlt es an Personal, Platz und Ausstattung.

Lehrerinnen und Lehrer sind in der Regel alleine im Unterricht eingesetzt. Eine Doppelbesetzung wie in anderen Ländern, um den Kindern gerecht zu werden und sie individuell zu fördern, ist leider nicht an der Tagesordnung. Besonders deutlich wird die Misere unseres Bildungssystems, wenn man einen Blick auf die Klassenstärken wirft, denn Klassenstärken von bis zu 35 Kindern, sind nach Auffassung der heutigen Regierung vertretbar.

Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern kommt vor, ist jedoch längst nicht die Regel.

Eine weitere Schwäche des Systems ist die fehlende Möglichkeit von individuellem Lernen. Den Schülern wird ein starres System aufgezwungen, welches in keiner Weise auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist. Unseren Kindern wird somit die Möglichkeit genommen ihre Stärken zu finden und auszuprägen.

Überall fehlen personelle Ressourcen, sogar in der Abdeckung der normalen Stundentafel. Der ständige Unterrichtsausfall, der zur Zeit nur zum Schein bekämpft wird ( jede Stunde wird vertreten , ohne Inhalt zu vermitteln ), muss wirksam und zielgesetzt bekämpft werden. Förderungsmaßnahmen sollten allen Kindern und Jugendlichen, die aus schwierigen sozialen Verhältnissen, wie z.B. Kindern mit Migrationshintergrund, ermöglicht werden.

Durch systematische frühe kostenlose Förderung könnten viele der heute bestehenden Probleme vermieden werden. Alle Kinder und Jugendlichen müssen mitgenommen werden. Es sollten auch Förderungsmaßnahmen für leistungsstarke Kinder angeboten werden, jedoch nicht wie im heute bereits bestehenden Profilklassensystem. Dazu bedarf es Geld und sozialpädagogischer Fachkräfte.

Der Zugang zur Hochschule ist für Jugendliche aus der so genannten bildungsfernen Schicht wesentlich schwerer als für Jugendliche aus bildungsfreundlichem Hintergrund. Die Einführung von Studiengebühren hat diese Situation drastisch verschärft.

Die Möglichkeiten der Erwachsenenbildung (VHS) werden zunehmend abgebaut und aus der öffentlichen Verantwortung in die private Hand übertragen. Es ist abzusehen, dass sich dieser Trend zur Privatisierung von Bildung diese verteuert.

### **Aus all dem resultieren unsere Forderungen zur Veränderung des Bildungssystems**

- Bildung im Elementar- und im schulischen Bereich sind konzeptionell aufeinander abzustimmen
- Mehr qualifiziertes Personal ( Erzieher/innen, Pädagogen/innen, Lehrer/innen )
- Förderungsmaßnahmen für sozialschwache aber auch hochtalentiertere Kinder ausbauen
- ausgeprägtere Beratung der Eltern
- Studiengebühren abschaffen
- Volkshochschulen ausbauen
- Eine Einschulungsbeihilfe für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen
- Einrichtung von Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen und einen Zuschlag für alle echten Ganztagschulen von 30%
- Kostenlose Schulbücher
- Abschaffung der Kopfnoten
- individuelles Lernen im System erleichtern ( z. B. durch stufenübergreifendes Lernen )

### **Kinder brauchen Kitas – Eltern auch**

Die Aufgabe von Kindertagesstätten und Kindergärten ist, den Kindern soziale und fundamentale Lernerfahrungen zu ermöglichen und vorhandene Benachteiligungen auszugleichen. Gerade in den ersten Lebensjahren werden die Grundvoraussetzungen für die soziale und geistige Kompetenz und Entwicklung eines jeden Kindes gelegt.

Im freien und gebundenen Spiel mit anderen Kindern und unter Anleitung gut ausgebildeter Kräfte machen die Kinder lebenswichtige Erfahrungen, die den familiären Erziehungsbeitrag ergänzen und unterstützen. Elternarbeit ist wichtig! Im Spielerischen sollen Gruppenfähigkeit und Spracherwerb gefördert werden.

Zum Bedarf von Kitas: Die Bundesregierung geht von einem durchschnittlichen Bedarf von 35% bei unter dreijährigen Kindern aus. Wie sieht diese Situation in Dinslaken aus? In Dinslaken gibt es im Kindergartenjahr 2008/09 nur eine Versorgungsquote von 9,5%. Dieser Missstand muss behoben werden, da dort die Wurzel des Übels liegt. Es muss gewährleistet sein, dass sowohl Kinder unter drei Jahren als auch im Alter von drei – sechs Jahren einen Kindergartenplatz erhalten. Unabhängig davon, ob das Kind behindert ist oder nicht. Dabei ist es wichtig und sicherzustellen das genügend gut ausgebildete Pädagogen/innen vorhanden sind. Ebenfalls ist die finanzielle und materielle Ausstattung notwendig.

Eltern können nur dann einer Berufstätigkeit, einem Studium oder anderen Tätigkeiten nachgehen, wenn sie ihr Kind gut aufgehoben in einer Kita wissen.

Die Arbeit der Pädagogen/innen sollte jedoch nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern in Kooperation mit den Eltern. Anregungen und Kritik dürfen und müssen zum Teil auch kontrovers ausgetauscht werden. Die Einrichtung von Familienzentren ist ein richtiger Weg. Mitarbeiter/innen in Familienzentren müssen gut ausgebildet sein und tariflich bezahlt werden.

Sie müssen wohnortnah eingerichtet werden und mit angemessenen finanziellen, personellen und räumlichen Ressourcen ausgestattet sein. Krippenbetreuung hat Vorrang vor Tagespflege, damit die Kinder bessere soziale Kompetenz erlangen.

Die Finanzierung von Kindertagesstätten, Kindergärten und Familienzentren ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

## **DIE LINKE. Dinslaken fordert daher:**

- Die Betreuung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen muss für die Eltern gebührenfrei sein
- Betreuungs- und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglicht
- zuverlässiges Betreuungsangebot auch in Ferienzeiten
- Der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung muss vollständig verwirklicht werden
- Einen bedarfsgerechten Ausbau der Angebote für alle Kinder mit qualifiziertem Personal
- Abschaffung von KiBiz, da die Träger weniger Geld erhalten.

## **Frauen**

Frauen haben gleiche Rechte. Dies einzuhalten und umzusetzen sind oberste Prinzipien. Jedoch sieht die Realität anders aus: Wesentliche Forderungen der Frauenbewegungen sind nach wie vor nicht erfüllt. Dies betrifft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, daneben eine angemessene Arbeitszeitverkürzung und einen gesetzlichen Mindestlohn gegen Lohndiskriminierung von Frauen und die Individualisierung sozialer Ansprüche. Es darf nicht sein, dass knappe kommunale Kassen als Begründung für die Vernachlässigung der Rechte von Frauen herhalten! Frauen müssen auf allen Ebenen sozial und ökonomisch gleichgestellt werden.

## **Die LINKE. Dinslaken tritt ein für**

- Den Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern als Zufluchtsorte für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind
- Die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten
- Die Förderung von Treffpunkten für Mädchen
- Besondere Maßnahmen zur Unterstützung allein erziehender Frauen in Dinslaken, u. a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall
- Die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“
- Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen
- Berücksichtigung von Fraueninteressen beim ÖPNV (wie Nachttaxi..)
- Sichere Stadt (Beleuchtung, Wege, Notrufleinrichtungen...)

## **Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander – Integration vor Ort gestalten!**

### **Integrationspolitik nicht zu Symbolpolitik verkommen lassen**

Die erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft muss das Ziel des Bundes, der Länder und letzten Endes der Kommunen sein. Das individuelle Recht auf Bildung und Chancengleichheit muss für alle Mitglieder unserer Gesellschaft bewahrt werden. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass Migrantenkinder nicht in allen ihren Fähigkeiten gefördert werden und in ihren Bildungsmöglichkeiten eingeschränkt sind.

Wir leben in einer Gesellschaft, die immer vielfältiger und bunter wird. Wohin sich diese entwickelt, hängt entscheidend davon ab, ob der Wille zur Integration bei allen Beteiligten vorhanden ist. Die Integrationspolitik darf nicht zu einer reinen Symbolpolitik verkommen. Beidseitige Toleranz und das Verständnis für andere Lebensweisen sind ein ebenso wichtiger Schlüssel zur Integration wie die Bereitschaft einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen. Integrationshindernisse müssen angegangen werden. Eine Verbesserung kann nur gelingen, wenn notwendige Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung gestellt und Veränderungen in der Struktur unserer Gesellschaft vorgenommen werden. Die räumliche Trennung verschiedener Bevölkerungsgruppen, überdurchschnittliche Arbeitslosenzahlen, fehlende Toleranz für andere Kulturen, mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Bildungsungerechtigkeiten und nicht zuletzt der Rassismus im Alltag, all dies sind Hindernisse die überwunden werden müssen um eine Integration unserer Mitmenschen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen.

### **Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration**

Wenn man sich die Tatsache vor Augen führt, dass fast 50% aller SchülerInnen in Nordrhein-Westfalen einen Migrationshintergrund haben wird deutlich, dass diese Kinder einen erheblichen Einfluss auf die Zukunft dieses Landes haben werden. Die logische Konsequenz ist die bestmögliche Förderung und Integration dieser Kinder. Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Die Grundsteine für eine erfolgreiche Bildung werden in den Kindergärten und Grundschulen gelegt. Die integrative Arbeit muss also dort beginnen.

Gute Deutschkenntnisse bestimmen nicht nur die schulische und berufliche Laufbahn von Migrantenkindern in hohem Maße, sie sind auch unumgängliche Basis der Integration. Da jedoch viele Migrantenkinder die deutsche Sprache nicht im Elternhaus ausreichend lernen können, kommt der Kommune eine besondere Aufgabe zu. Ein Sprachförderprogramm, das bereits in Dinslaken läuft und erste Erfolge vorzuweisen hat, muss weiter ausgebaut werden. Die Kinder kommen aufgrund des Sprachförderprogramms mit mehr Deutschkenntnissen vom Kindergarten in die Grundschule, somit wird ihnen ein besserer Start in ihre Schullaufbahn ermöglicht. Um den benötigten Erfolg erreichen zu können, muss die Sprachförderung weiter ausgebaut werden, damit die Kinder nicht von Beginn an Chancenlos in das Leben starten!

Erfolgreiche Bildungsbeteiligung ermöglicht erfolgreiche Integration!

### **Migrantenkinder brauchen spezielle Förderung**

Das individuelle Recht auf Bildung und Chancengleichheit muss für alle Teile unserer Gesellschaft bewahrt werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind bereits oft in ihren Bildungsmöglichkeiten eingeschränkt, weil sie keine qualifizierte Sprachförderung erfahren haben, somit, aufgrund fehlender Deutschkenntnisse, keinen wirklichen Zugang zu unserer Gesellschaft bekommen haben. Dies hat große Orientierungslosigkeit zur Folge und ein Gefühl des Ausgeschlossenseins kommt auf. Solchen Jugendlichen muss unter die Arme gegriffen werden und qualifizierte so genannte Streetworker können genau das. Sie sorgen sich um die Jugendlichen, sind Anlaufstelle bei Problemen und stellen eine wichtige Stütze im Leben eines Jugendlichen dar.

Die Orientierungslosigkeit führt den einen oder anderen in die falsche Laufbahn, die, im extremsten Fall den Jugendlichen in die Kriminalität führen kann. Diese Problematik muss angegangen werden. Ein Wichtiger Schritt zur Lösung dieses Problems ist die Einstellung eines Berufsberaters, der sich nur auf diese Jugendlichen konzentriert und in ständigem Kontakt zu dem Streetworker steht. Eine Beratung bezüglich der Wahl des Berufes, die sich auf den Jugendlichen einlässt und ihm tatsächlich bei der Berufswahl hilft, findet oft nicht statt, und die selbst Jugendlichen können ihre Qualifikationen oftmals nicht richtig einschätzen und somit nicht die Laufbahn einschlagen die ihrem Können am meisten entspricht.

Um diesen Problem entgegenwirken zu können muss eine individuelle und qualifizierte Berufsberatung stattfinden, die nur durch den eingesetzten Berufsberater in Verbindung mit dem Streetworker erfolgen kann, denn nur so kann sich der Berater ein Bild des Jugendlichen verschaffen, das nötig ist um eine Ausbildung zu vermitteln die zu ihm passt, seinen Fähigkeiten und seinen Interessen entspricht und ihm eine gesicherte Zukunft ermöglicht.

### **DIE LINKE. Dinslaken tritt ein für**

- zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kindergärten und Grundschulen. Darunter fällt insbesondere der Ausbau des Sprachförderprogramms um die Integration aber auch die Bildungs- und Berufschancen zu verbessern.
- die Einstellung von Streetworkern und Berufsberatern.
- kontinuierliche Förderung der antirassistischen Arbeit in den Schulen und der Öffentlichkeit.

- Gewissens- und Religionsfreiheit aller Menschen und aktive Arbeit gegen diskriminierende Handlungen.
- Konsequente Verhinderung der Sammelunterkünfte, schulische Ausbildung und medizinische Versorgung für Flüchtlinge und Illegalisierte. Für alle „Illegalisierten“ wird ein Konzept zur „Legalisierung“ (Erteilen von Aufenthaltsgenehmigung) erstellt. Es soll zudem bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit besondere Hilfestellung gegeben werden.
- ein Wahlrecht für alle, die seit Jahren hier leben. Der erste Schritt dorthin ist die Ausweitung des Kommunalwahlrechtes auf alle Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.

## Behindertenpolitik

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden; so heißt es im Grundgesetz. Dennoch werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Auch wenn einiges in den letzten Jahren geändert wurde, bleiben der soziale und menschengerechte Städte- und Wohnungsbau noch immer die Grundlage politischer Herausforderung. Insbesondere aus der Sicht zahlreicher auf unterschiedliche Weise vorübergehend oder langfristig eingeschränkte BürgerInnen.

Betroffene sehen sich u. a. mit steilen Treppen, fehlenden Aufzügen (Bsp. Bahnhof), schweren Türen, Stolperstellen, hohen Einstiegen bei Bussen und Bahnen, fehlenden Behindertentoiletten und mangelnder Ausschilderung konfrontiert.

Diese und weitere Barrieren müssen aufgehoben und der Alltag für unsere eingeschränkten MitbürgerInnen angepasst werden. Es ist immer noch nicht gelungen, das grundgesetzlich verbrieftete Recht umzusetzen. Dabei kann die *Ausrede mangelnder Finanzen* nicht hingenommen werden, denn schon für geringe Mittel können große Maßnahmen getroffen werden, wie z. B. die Ausschilderungen, die fachgerechte Anbringung von Stützbügeln oder Bordsteinabsenkungen.

### DIE LINKE. Dinslaken tritt ein für

- Integrative Kindergärten und Schulen, damit behinderte und nicht behinderte Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen können, dabei dürfen die notwendigen Ausgaben nicht zu Lasten der Beschäftigten und bisheriger Ausgaben gehen.
- Eine Verbesserung und Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten
- Die alten- und behindertengerechte Architektur aller Neubauten und den schrittweisen barrierefreien Umbau alten Baubestandes und sie in den Bebauungsplänen zu festzuschreiben
- Die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen ( v. a. am Bahnhof)

## Umweltpolitik

In der kommunalen Umweltpolitik soll Ökologie vor Ökonomie stehen. Dazu gehört für uns, dass Behörden und öffentliche Einrichtungen und Unternehmungen energiesparend arbeiten. Die kommunalen Behörden müssen entsprechende Energiesparpläne aufstellen und somit eine Vorbildfunktion für private Haushalte und Gewerbetreibende übernehmen.

Schulen und Kindertagesstätten sollen mit Unterstützung der Verwaltung Aufklärungskampagnen zu Themen wie Ernährung und ökologischem Verhalten durchführen, um ein nachhaltiges Bewusstsein zu Umweltbedingten Zusammenhängen zu schaffen.

Unter Einbeziehung der Naturschutzverbände und entsprechenden Institutionen müssen öffentliche Bauvorhaben auf ökologische Vertretbarkeit und Umweltbelastungen (Baustil, Lärmschutz, Umweltverträglichkeit) sachkundig und nachhaltig geprüft werden.

- **DIE LINKE Dinslaken fordert:**
- Den Erhalt und Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung
- Ausbau und Sanierung des Radwegenetzes
- Schaffung von mehr Naherholungsgebieten (u. a. Stadtteilentwicklung Lohberg – altes Zechengelände)
- Erweiterung und Erhalt von Grünflächen
- Eine nachvollziehbare Überprüfbarkeit von Feinstaubbelastung in der Stadt
- Die breite Unterstützung der Bürgerinitiative zur Bekämpfung der „Gichtschlammhalde“ Thyssen-Krupp
- Die nachhaltige Sicherung der Erholungsflächen für die Tier- und Pflanzenwelt am Tenderingsee und den kommunalen Forstflächen

## **Kultur für alle**

DIE LINKE. Dinslaken tritt entschieden für die umfassende Teilhabe aller Menschen am Kulturleben und ihren unbeschränkten Zugang zu den Kulturgütern ein. Kultur darf nicht ausschließlich dem marktwirtschaftlichen Prinzip untergeordnet werden. Die Folgen sind die Verengung von Kunst und Kultur vor allem auf das, was Massengeschmack ist und Gewinn abwirft und die Folge wäre die wachsende Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung aus ökonomischen Gründen. Kulturelle Teilhabe darf kein Vorrecht sein, nicht ans Portemonnaie oder an den Sozialstatus gebunden sein. Keine Bevölkerungsgruppe darf aus Gründen nationalistischer oder rassistischer Überheblichkeit an ihrer kulturellen Entfaltung gehindert werden. Die LINKE setzt sich insbesondere für die kulturellen Entwicklungs- und Zugangsmöglichkeiten der bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die „Kultur von unten“ ein.

Kulturelle Vielfalt ist wesentliches Element einer demokratischen und dynamischen Stadtgesellschaft. Sie schafft Identitäten, fördert das wechselseitige Verständnis und bereichert das gesellschaftliche Leben. Deshalb wollen wir, dass bei der Planung des Spielbetriebes auch ausländische Autoren mit ihren Stücken berücksichtigt werden. Es kann nicht angehen, dass wie in der Vergangenheit Theater- und Kulturveranstaltungen für die „ältere“ Generation und für Kinder geplant werden, aber das die gesamte Altersgruppe zwischen 16 und 40 ausgelassen wird. Es reicht nicht nur eine „Jugendermäßigung“ anzubieten, es muss auch die Möglichkeit zur Nutzung des Passes gegeben sein.

Die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und dem privaten Kulturveranstalter (Fantastival) muss verbessert werden. Sie darf aber nicht darin enden, dass einem Veranstalter dadurch entgegengekommen wird, dass die Verwaltung nur noch „zweitklassige“ Programme bucht, damit der kommerzielle Erfolg seiner Veranstaltung gesichert wird. Das würde kommunale Kulturpolitik wie wir sie meinen ad absurdum führen.

All das ist nur mit einer demokratischen und nachhaltigen öffentlichen Kulturpolitik möglich. Umfassende Kulturförderung und –finanzierung ist gesellschaftliche Aufgabe und deshalb auch eine Kernaufgabe der Kommune. Sie verlangt die Bereitstellung von erheblich mehr Finanzmitteln. DIE LINKE. Dinslaken setzt sich für einen kulturpolitischen Entwicklungsplan ein, der langfristig angelegt und gesichert wird. Seine Grundlagen müssen unter breiter öffentlicher Beteiligung entwickelt und festgelegt werden.

Der öffentliche Kulturbetrieb darf nicht durch die zunehmende Kommerzialisierung und dem damit verbundenen Sponsoreinfluss ausgeliefert sein. Dinslaken benötigt einen Kulturbeirat, der es sich zur Aufgabe macht, gerade die Kleinkunst und andere kulturelle Erzeugnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In diesem Kulturbeirat sollten alle Kunstrichtungen (Musiker, Bildende Künstler, Schriftsteller etc.) vertreten sein. Die Konzepte der Dinslakener Kulturveranstaltungen (wie z.B. die DIN-Tage), müssen neu überdacht und deren Qualität gesteigert werden.

Die Stadtbibliothek macht als Bildungs- und Kultureinrichtung eine phantastische Arbeit. Dennoch ist sie in der Vergangenheit durch Budgetstreichungen arg belastet und an den Rand der Schließung getrieben worden. Die kontinuierliche Erweiterung und Ausstattung der Medien (Internet; Filme; Hörspiele; etc.) muss langfristig gesichert sein, um einen barrierefreien Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Hierzu gehört ebenso die langfristige Sicherung und Erweiterung der Bücherstube Lohberg. Gerade hier zeigt sich, dass sich ein breit gefächertes Kultur- und Bildungsangebot in benachteiligten Stadtgebieten positiv auswirkt.

DIE LINKE.Dinslaken will Lohberg als Kulturstätte fördern. Der Umbau des Ledigenheimes in eine Begegnungsstätte war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Umstrukturierung des ehemaligen Zechengeländes bietet die Möglichkeit zur sinnvollen Umwidmung von Gebäuden in Einrichtungen kulturellen Schaffens und Lebens. Ein selbstverwaltetes Kulturzentrum mit Proberäumen für Bands und Vereine, Räumlichkeiten für Kleinkonzerte und Ausstellungen, sowie Ateliers für freischaffende Künstler fehlt in Dinslaken, könnte aber das kulturelle Angebot maßgeblich bereichern.

Für das Stadtarchiv muss dringend ein fachgerechtes Umfeld geschaffen werden. Daher muss die Endlosdiskussion um entsprechende Räumlichkeiten beendet und eine angemessene Lösung gefunden werden.

### **Das will DIE LINKE. Dinslaken :**

- Ausarbeitung und Verabschiedung eines kulturpolitischen Entwicklungsprogramms unter demokratischer Beteiligung der Öffentlichkeit
- Flächendeckender Aufbau von Kultur- und Bürgerzentren
- Bereitstellung von mehr öffentlichen Proberäumen und Ateliers, vor allem im Stadtteil
- Erhalt und Ausbau der Stadtbibliothek
- Bedarfsdeckender Einsatz von Kulturarbeitern und -pädagogen
- Für alle bezahlbare und zugängliche Kultureinrichtungen, u.a. durch Einführung des DIN-Passes
- Bildung eines Kulturbeirats, der den Querschnitt des Dinslakener Kulturlebens repräsentiert
- Ausbau der Kulturpädagogik und des kulturellen Angebots im Schulbereich
- Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit und des Kulturaustauschs mit den Partner- und Nachbarstädten
- Zügiger Ausbau des interkulturellen Angebots im öffentlichen Kulturbetrieb

## **Sport**

Körperlich-sportliche Aktivitäten sind wesentlich für die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit. Sie sind unverzichtbar für das körperliche und seelische Wohlbefinden aller Altersgruppen. Für die jüngeren Generationen sind Sport und sportliche Wettkämpfe besonders wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung. Bewegung, Spiel und Sport werden auch immer wichtiger für die Prävention und Therapie von „Zivilisationserkrankungen“ (wie Herz-Kreislauf, Rücken- und Gelenkverschleiß, Übergewicht usw.) angesichts einseitiger beruflicher Belastungen, Umwelteinwirkungen, Fehlernährung und problematischen Freizeitverhaltens (TV, Video, Internet usw.).

Sportliche Betätigung und sportliche Wettkämpfe können darüber hinaus eine wichtige Rolle für das verständnisvolle und friedliche Zusammenleben der EinwohnerInnen unserer Stadt spielen. Sie können einen Beitrag zum Fairplay auf allen gesellschaftlichen Gebieten und zur Völkerverständigung leisten. Diese Funktion des Sports muss allerdings konzeptionell, personell und finanziell viel stärker gefördert werden.

Systematische Sportförderung und eine breite, gut ausgestattete Palette von Sportstätten sowie erschwingliche Vereinsbeiträge sind und bleiben für DIE LINKE eine wesentliche öffentliche Aufgabe. Dafür müssen ausreichende Finanzmittel bereitgestellt werden. Das Prinzip der „Kostendeckung“ wäre das Ende des Breitensports.

Wir wollen die Schwerpunkte der örtlichen Sportpolitik und –förderung anders setzen. Breitensport muss klar den Vorrang haben vor Leistungs- und Spitzensport. Erst auf der Grundlage eines entwickelten Breitensports kommt dem Spitzensport Bedeutung zu, insbesondere wegen seiner motivierenden und vorbildhaften Funktion.

Der Erhalt und Ausbau von Sporteinrichtungen lässt in Dinslaken seit Jahren zu wünschen übrig. Die Turnhallen für den Schulsport sind teilweise in einen maroden Zustand.

DIE LINKE regt an, nach Wegen zu suchen, die allen Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren eine kostenlose Mitgliedschaft in einem Sportverein ermöglichen. Gerade für Kinder und Jugendliche sind niederschwellige Bewegungsangebote – gerade auch im Freien – unverzichtbar für ihre körperliche, geistige und soziale Entwicklung. Vereine, die Jugendarbeit und Breitensport fördern, sind von Steuern und Abgaben zu entlasten. Ehrenamtliche Tätigkeit muss steuerlich und sozialversicherungsrechtlich gefördert und erleichtert werden. Ehrenamtliche Sportpädagogen und Betreuer sind zu fördern.

Wir wollen die besondere Förderung des Behindertensports. Dinslaken braucht mehr und bessere Angebote für den Breitenport, aber auch für den leistungsorientierten Sport von Menschen mit Behinderungen.

Wir wollen eine bürgerschaftliche Beteiligung in der Dinslakener Sportpolitik durch einen Beirat Sport. Dieser umfasst die verschiedenen Nutzergruppen (vereinsgebundenes und nicht vereinsgebundenes Publikum sowie den Schulsport). Anregungen und Vorschläge beim Angebot und bei der Ausgestaltung von Sporteinrichtungen können so stärker aus der Einwohnerschaft kommen; die Mobilisierung von mehr ehrenamtlichem Einsatz usw. kann sich besser entwickeln, wenn mehr und wirksame Beteiligungsangebote gemacht werden.

#### **Das will DIE LINKE. Dinslaken :**

- Vorrang für Schul- und Breitensport
- Gesicherte und ausreichende Zuschüsse für die Vereine, insbesondere in den Stadtteilen
- Beitragsfreie Mitgliedschaft für bedürftige Kinder bis 14 Jahren in allen Sportvereinen
- Altersgerechte Sportförderung von der Kindheit an bis ins Rentenalter
- Förderung des Behindertensports
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements
- Soziale und familienfreundliche Eintrittspreise
- Ausreichendes Hallenangebot für den Schulsport
- Förderung und Konsolidierung eines bürgerschaftlichen Beirats

## **FINANZEN**

Kommunal Finanzen verbessern – kommunale Daseinsvorsorge sichern

Die kommunale Finanzausstattung befindet sich in einer strukturellen Schieflage. In den vergangenen Jahren lag der durchschnittliche Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen nur noch bei 13 Prozent.

Die massive Verschuldung der Kommunen in NRW lag Mitte 2007 bei einem neuen Rekordstand von 13,7 Mrd. Euro. Nicht verwunderlich, dass 197 Kommunen ihren Haushalt mit Haushaltssicherungskonzepten führten und 115 von ihnen sogar mit einem Nothaushalt arbeiten mussten.

Das hat verheerende Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaft.

Die Stadt Dinslaken ist seit Anfang 2009 nicht mehr im Haushaltssicherungskonzept, jedoch besteht derzeit ein Kreditbedarf von 14,8 Mio. Dies ist bei 40 Mio. langfristigen Verbindlichkeiten zum Jahreswechsel eine spürbare Erhöhung der Verschuldung.

Die insgesamt noch befriedigende Finanzlage der Stadt wird jedoch sich in den nächsten Jahren durch die Auswirkungen der Weltfinanzkrise dramatisch verschlechtern.

Zudem wurde in den vergangenen Jahren die Situation der Kommunen durch die NRW-Landesregierung verschärft. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung des Landes wurde allein zu Lasten der Kommunen erreicht. Strukturelle Zuweisungen wurden entzogen und zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Das Land NRW missachtet grob das Konnexitätsprinzip, wonach das Land nur dann neue Aufgaben zuweisen darf, wenn die damit einhergehenden Kosten den Kommunen durch das Land erstattet werden. Darüber hinaus werden die Kommunen durch die Unternehmenssteuerreform zusätzlich belastet; 2008 wurden bundesweit Steuerausfälle von 6,5 Mrd. € prognostiziert.

Vor Ort in Dinslaken setzt sich DIE LINKE. einerseits u.a. für eine Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt Dinslaken durch eine angemessene Gewerbe- und Grundsteuer ein. Bei den Ausgaben unterstützt DIE LINKE. andererseits nur Maßnahmen und Beschlüsse, die entsprechend gegenfinanziert sind. Die „Wünsch-Dir-was-Politik“ sollte Vergangenheit sein. Daher gehören alle Ausgaben hinsichtlich der Notwendigkeit auf den Prüfstand. Wir sprechen uns weiterhin gegen teure Prestigeprojekte aus.

Haushaltspolitik in Dinslaken darf nicht nur eine Sache von Experten, sondern soll Angelegenheit aller Bürgerinnen/Bürger sein. Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) sollte dazu genutzt werden, mehr Transparenz über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt herzustellen.

Wir befürworten die Einführung eines Bürgerhaushaltes, weil dadurch die Bürgerinnen und Bürger über die Einnahmen und Ausgaben mitentscheiden können. Dabei legen wir besondere Schwerpunkte darauf, dass in allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen gesichert ist, eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die eigentlich anstehenden Aufgaben erfolgt, die kommunalpolitisch Verantwortlichen möglichst viele Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte stellen und sich die Kommunalvertreter selbst verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger zu folgen.

DIE LINKE. in Dinslaken tritt ein für eine soziale Stadt. Die öffentlichen Angelegenheiten und die öffentliche Daseinsvorsorge dürfen nicht den privaten Renditeinteressen untergeordnet werden.

**Kontakt:**

**Elisabethstr.45**

**46537 DINSLAKEN**

**0152 - 047 042 41**

**dielinkedinslaken@gmx.de**

**www.die-linke-dinslaken.de**

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Dinslaken